



Angesichts des braunen Terrors ist der Bürgerprotest notwendig wie nie

Linksfraktion unterstützt Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden/Jahrelange Ignoranz der Behörden

Die Fraktion **DIE LINKE** im Thüringer Landtag unterstützt auch in diesem Jahr die Proteste gegen Neonazi-Aufmärsche am 13. und 18. Februar in Dresden. Mehrere Abgeordnete werden daran teilnehmen, so der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow, Fraktionsvize Martina Renner, der Abgeordnete und Thüringer Landesvorsitzende der LINKEN, Knut Korschewsky, und die Abgeordneten Susanne Hennig, Dr. Gudrun Lukin, Karola Stange, Jörg Kubitzki, Frank Kuschel.

Trotz der Strafandrohungen und Aufhebungen der Immunität von Abgeordneten der LINKEN setzt die Linksfraktion des Thüringer Landtags ihr Engagement im Rahmen des Bündnisses „Dresden Nazifrei!“ fort. „Gerade auch angesichts des braunen Terrors des NSU ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger gegen Rechts notwendig wie nie“, betonte Bodo Ramelow und kritisierte erneut Sachsens Landesregierung, die dem entgegen offenkundig darauf setzt, demokratisches Engagement zu bekämpfen.

Dass es in diesem Jahr offenbar keinen zentralen Großaufmarsch geben wird, an dem in den vergangenen Jahren bis zu 6.000 Neonazis aus ganz Europa teilnahmen, sei ein Erfolg der demokratischen Proteste und der friedlichen Sitzblockaden 2010 und 2011, die durch das Bündnis „Dresden Nazifrei!“ organisiert worden waren. Jedoch werden auch in diesem Jahr wie-

der aus vielen Thüringer Städten Hunderte Menschen mit Bussen nach Dresden fahren, um die Proteste gegen den braunen Ungeist zu unterstützen.

Nachdem es kürzlich Durchsuchungen bei mehreren Neonazis in Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg gegeben hatte, erklärte die Innenpolitikerin Linksfraktion, Martina Renner: „Die rechten Mörder des NSU erhielten offenbar über Jahre Unterstützung aus der legal und offen agierenden Neonazi-Szene. Die Durchsuchungen liefern einen weiteren klaren Hinweis dafür, dass ein bundesweites Terror-Netzwerk besteht, das seit Ende der 1990er Jahre von den Sicherheitsbehörden unbehelligt agieren konnte.“

Martina Renner: „Es gibt keine harmlosen Neonazis“

Nach der LINKEN vorliegenden Informationen handelt es sich bei den durchsuchten Personen um ehemalige Betreiber von rechten Läden, in denen u.a. Szene-Bekleidung verkauft wurde. „Es gibt keine harmlosen Neonazis und keine klare Trennung in legal und illegal agierende Strukturen“, betonte Martina Renner. Die gesamte Szene ist eng vernetzt. Die Verbindungen zwischen dem Untergrund und den legal operierenden Neonazis werden nun immer offensichtlicher. Die Nazi-Terroristen des NSU waren mit NPD-Kadern, „Blood & Honour“, Szene-Läden und dem einträglichen RechtsRock-Geschäft bestens vernetzt. „Die Be-

deutung von rechten Läden als Knotenpunkte für die Szene haben die Sicherheitsbehörden jahrelang ignoriert.“

Enge Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremen

Angesichts der Festnahme eines weiteren mutmaßlichen Unterstützers des rechtsextremen Terrornetzwerkes NSU hatte Martina Renner erklärt: „Der organisatorische Werdegang des Festgenommenen zeigt, wie eng die Kameradschaftsszene und der Thüringer Heimatschutz mit der NPD verbunden sind.“ Carsten S. sei erst Aktivist des so genannten Thüringer Heimatschutzes und später stellvertretender Landesvorsitzender der Jugendorganisation der NPD gewesen.

Carsten S. gilt als einer der zentralen Unterstützer des Neonazi-Trios. Er habe nicht nur telefonischen Kontakt gehalten, sondern auch Spendengelder transferiert. Die Meldung, dass Carsten S. aus der rechtsextremen Szene ausgestiegen sein soll, müsse angesichts der Vorwürfe der Generalbundesanwaltschaft mit einem Fragezeichen versehen werden. „Es ist ein Widerspruch, wenn Ermittlungen ergeben, Carsten S. sei an Waffenbeschaffung direkt beteiligt gewesen, und es Informationen gibt, er wäre zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr in der rechtsextremen Szene aktiv gewesen. Auf diese offenen Fragen erwarten wir Antwort“, so Martina Renner. ■

KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

Fundament für Kommunen

Der Thüringer Wirtschaftsminister will den Kommunen im Freistaat mehr Spielräume für wirtschaftliche Betätigung eröffnen, damit sie insbesondere in den Ausbau regenerativer Energien investieren können.

Wie die Thüringer Allgemeine berichtete, wolle Matthias Machnig (SPD) den Kommunen mehr wirtschaftliche Eigenständigkeit geben, Bürokratie abbauen und die Aufnahme von Krediten erleichtern.

Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings muss zunächst die Thüringer CDU-SPD-Koalition klären, ob sie den Vorschlag des SPD-Ministers unterstützt und dafür den notwendigen Segen geben wird.

Unsere LINKE Landtagsfraktion hat bereits im November letzten Jahres einen Gesetzentwurf zur Unterstützung der Energiewende in den Kommunen in den Landtag eingebracht. Danach sollen die Gemeinden, Städte und Landkreise leichter als bisher in die Erzeugung und Verteilung von Strom und Gas investieren können. Die Gesetzesvorlage befindet sich derzeit im Innenausschuss, wo eine Anhörung durchgeführt wird.

Dabei ist es schon interessant und es lässt aufhorchen, dass der Vorsitzende der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU meint, eine Gesetzesänderung sei überflüssig und der bestehende Rahmen genüge aus. Der Chef der CDU-Kommunalpolitiker ist aber gleichzeitig Landtagsabgeordneter und müsste deshalb auch die Initiative des Wirtschaftsministers ablehnen.

Natürlich wird sich die Linksfraktion wohlwollend zur Absicht des Wirtschaftsministers verhalten, dabei allerdings genau prüfen, dass die Machnig-Vorschläge nicht durch die CDU inhaltlich verwässert werden.

Letztlich müsste aber auch darüber diskutiert werden, ob die Zukunftsinvestitionen den Kommunen auch dazu dienen, zusätzliche Einnahmen für die klammen Haushalte zu erwirtschaften. Daran muss nicht zuletzt das Land ein Interesse haben, weil dadurch ein nachhaltiger Beitrag geleistet werden kann, die finanzielle Abhängigkeit der Kommunen vom Land zu reduzieren. Wir müssen die Kommunen auf ein breites finanzielles Fundament stellen. ■

AKTUELL

380 kV-Starkstromtrassen-Gegner planen Klage

Angesichts der vom Thüringer Landesverwaltungsamt am 2. Februar vorgenommenen Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses zum Bau der 380 kV-Starkstromtrasse im Abschnitt Erfurt-Vieselbach bis zum Umspannwerk Altenfeld erklärte die Landtagsabgeordnete der Fraktion **DIE LINKE** und Bürgermeisterin von Großbreitenbach, Petra Enders:

„Der Widerstand gegen dieses unsinnige Großprojekt wird weiter geführt, jetzt erst recht!“ Es bleibe jetzt nur noch der Klageweg. Zunächst werde ein Eilantrag zur Verhinderung des Baubeginns eingereicht. „Wir gehen, wenn notwendig, durch alle Instanzen“, betonte

die Abgeordnete. Vom Trassenabschnitt betroffene Kommunen im Ilm-Kreis würden sich zur Wehr setzen, darunter Großbreitenbach, Gehren und Wolfsberg. Dazu kämen weitere Orte aus Südhessen und dem Coburger Land in Bayern.

Für eine Energiewende

„Die Kommunen eint die Entschlossenheit, etwas zum Erhalt der Lebensqualität zu tun. Dieser sinnlosen Investition, die Millionen verschlingt, muss entgegengetreten werden. Dass diese Leitung für die Energiewende nicht taugt, wird mit jedem Tag deutlicher.“ Damit verwies Enders auf einen Fakt, der bislang in der Öffentlichkeit gern

verschwiegen wird. „Schon jetzt kommt in Nord- und Mitteldeutschland erzeugter Windstrom im Süden an und zwar so viel, dass er nicht nur in lastschwachen Zeiten an Betreiber von Pumpspeicherwerken in Österreich und der Schweiz verschenkt werden muss.“ Von Süden drücke Solarstrom in die mitteldeutschen Energienetze, was regelmäßig zu Problemen führe.

„Es ist ein Trugschluss, diese Probleme mit weiteren Hochspannungsleitungen lösen zu wollen. Statt immer nur neue Stromautobahnen quer durchs Land zu ziehen, müssen bestehende Netze für alternative Energien fit gemacht werden. Strom muss dort erzeugt werden, wo er auch verbraucht wird!“, betonte die Abgeordnete. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Prekäre Beschäftigung an Hochschulen

Der Durchschnittsverdienst von Lehrbeauftragten an Hochschulen in Thüringen liegt zwischen 280 und 2.400 Euro pro Semester. Lehrbeauftragte ohne andere Hauptbeschäftigung müssen oft ihr Einkommen mit Sozialhilfe-Leistungen aufstocken. Mit dieser einfachen Flucht aus der tariflich geregelten Beschäftigung decken Hochschulen ein Großteil von Forschung und Lehre ab und sparen auf Kosten der Beschäftigten, kritisiert MdL Susanne Hennig. Die negativen Folgen für die Qualität von Forschung und Lehre sowie die Gewinnung von gutem wissenschaftlichen Nachwuchs sind offensichtlich. DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützt auch die Forderungen der GEW nach tariflich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen von Promovierenden während ihrer wissenschaftlichen Arbeit. ■

Vorschläge intensiv diskutieren

Die LINKE wird die Vorschläge des Thüringer Landesverbandes von Mehr Demokratie e.V. intensiv diskutieren. Dabei geht es um die Möglichkeit der Direktwahl und direkten Abwahl einer ganzen Reihe öffentlicher Funktionen durch die Thüringer Bürger. „Auch die Linksfraktion ist für die Stärkung der Bürgerbeteiligung bei Sach- und Personalentscheidungen. Wir begrüßen diese wichtige Themendiskussion in Sachen Stärkung der Bürgerbeteiligung“, so Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow, der an Mehr Demokratie Thüringen die Einladung ausspricht, mit der LINKEN den Vorschlagskatalog zu beraten und zu bewerten. Es müsse eine viel gründlichere Diskussion über mehr direkte Demokratie auch bei Personalentscheidungen geführt werden. ■

Barrierefreie Bahnhofssanierung

„Es ist vollkommen unverständlich, warum erst ab einem Aufkommen von 1.000 Reisenden pro Tag Barrierefreiheit, u.a. mit Aufzügen oder Rampen, hergestellt werden soll“, kritisiert MdL Karola Stange die Deutsche Bahn AG, die 2012 und 2013 vermehrt Bahnhöfe barrierefrei umgestalten will. Nach der geltenden UN-Konvention müssten auch kleinere Bahnhöfe oder Haltestellen barrierefrei sein.

Das Beispiel des im Sommer 2011 mit einem hohen zweistelligen Millionenbetrag sanierten Bahnhofs Vieselbach bei Erfurt zeige, dass die Investitionssumme nicht sachgerecht eingesetzt wurde. Die Bahn habe Diskriminierung bewusst in Kauf genommen, da die Bahnsteige z. B. für Rollstuhlfahrer nicht nutzbar sind. ■

Für eine Reform des Arbeitsrechts

Erfolgreiche Veranstaltung der Linksfraktion trägt das Thema „Neues Arbeitsgesetzbuch“ in die Öffentlichkeit

Fortschrittliches Arbeitsrecht – Vorschläge aus linker Perspektive zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte, eine Veranstaltung der LINKE-Landtagsfraktion am 31. Januar mit zahlreichen Teilnehmern im Thüringer Landtag. Im Zentrum der Diskussion standen Reformvorschläge für neue Regelungen zum Arbeitsverhältnis („Arbeitsvertragsgesetz“).

Sie sind von Jens Petermann, LINKE-Bundestagsabgeordneter und früher Richter am Arbeitsgericht, Dr. Steffen Hultsch, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und Norman Schmidt, Jurist und Mitarbeiter der Bundestagsfraktion erarbeitet worden. Darin finden sich Mindestbedingungen für Arbeitsverträge, z.B. das Prinzip der Schriftlichkeit, das Verbot der Leiharbeit, eine enge Begrenzung der Befristungsmöglichkeiten, ein Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde, das Verbot der Bagatell- und Verdachtskündigung. Artikel 30 des Einigungsvertrages verlangt, so Petermann, das Arbeitsvertragsrecht neu zu regeln; das steht noch aus. Die Bundestagsfraktion will das Reformprojekt bis spätestens 2013 in den Bundestag einbringen.

Arbeitsrecht ist Arbeitnehmerschutzrecht

Geplant ist ein komplettes „Arbeitsgesetzbuch“, auch mit Regelungen zum Betriebsverfassungsrecht und Tarifrecht. Die Gestaltung von Rechtsregelungen spiegelt immer gesellschaftliche Verhältnisse wider – so auch im Arbeitsrecht. Der Interessengegensatz und das soziale „Machtgefälle“ zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite muss ausgeglichen werden, wenn Arbeitsrecht zum Arbeitnehmerschutzrecht werden soll.

In der derzeitigen gesellschaftlichen Situation sind die Arbeitnehmer der „schwächere Part“ – zumal viele Menschen darauf angewiesen sind mit „abhängiger Beschäftigung“ ihre Existenz zu sichern. Nicht zuletzt mit den so genannten „Reformen“ der vergangenen Jahrzehnte hat sich der mehr oder weniger bestehende Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite sehr zu Lasten der Arbeitnehmerseite verschoben (z.B. Lockerung des Kündigungsschutzes, Ausdehnung der Befristungsmöglichkeiten, Ausweitung von „Minijobs“ und Leiharbeit, Streichung des Kriteriums der „Zumutbarkeit“ bei der Arbeitsvermittlung durch Agenturen für Arbeit).

Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion, hatte ausführliches statistisches Material parat. Die Zahlen der Beschäftigten in Leiharbeit (bundesweit ca. 910.000, in Thüringen ca. 30.000) und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit weniger als 850 Euro im Monat (34% in Thüringen; 16% im Bundesschnitt) sowie der Beschäftigten, die in Thüringen ihr

Einkommen mit Hartz IV „aufstocken“ müssen (ca. 56.000) zeigen die „Erosion“ und Demontage sozialversicherungspflichtiger und Existenz sichernder „Normalarbeitsverhältnisse“. Hier muss gegengesteuert werden.

Ein Ansatzpunkt: Artikel 36 Thüringer Verfassung mit dem Staatsziel Schaffung Existenz sichernder, menschenwürdiger Arbeit. Rechtsanwalt Harro Schultze aus Köln, Fachgebiet Arbeitsrecht, wies darauf hin, dass Urteile des Bundesverfassungsgerichts Vorgaben aus Grundrechten konkretisierten, so z.B. das „Mitbestimmungs-urteil“ aus dem Jahr 1979.

Für mehr Klarheit und Übersichtlichkeit

Diese Argumente sollten in der Reformdiskussion genutzt werden. Der Rechtsanwalt stellte auch dar, wie sehr mittlerweile EU-Recht und Europäische Gerichte (EuGH, EGMR) das Arbeitsrecht in Deutschland beeinflussen. Ein positives Beispiel: das Urteil zur Anerkennung von Bereitschaftszeit (z.B. von medizinischem Personal) als Arbeitszeit; ein negatives Beispiel: das aktuelle Urteil zu Kettenarbeitsverträgen. Daher müssen für die Arbeitsrechtsrechtsreform auch die bestehenden neoliberalen „Weichenstellungen“ auf EU-Ebene angegangen werden. Das Arbeitsrecht in Deutschland ist über viele verschiedene gesetzliche Regelungen und verbindliche Bestim-

mungen (z.B. Tarifverträge) verstreut. Wichtige Teile des Arbeitsrechts sind „Richterrecht“: aus bestehenden Regelungen werden durch „Rechtsfortbildung“ von den Gerichten Lösungen am Einzelfall entwickelt für die Anwendung auf vergleichbare Fälle. Unübersichtlichkeit und Mangel an systematischer „Verschriftlichung“ machen es Beschäftigten oft schwer, sich zutreffend zu informieren und die eigenen Rechte durchzusetzen, monierte Ralf Hauboldt, justizpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

Thomas Steinhäuser von der IG Metall Südhthüringen, ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht, forderte Begriffe, wie z.B. „Arbeitnehmer“, eindeutig und klar zu formulieren, um mehr Rechtssicherheit für Betroffene zu schaffen. Andreas Walter, Direktor des Arbeitsgerichts Erfurt, befürwortete in seinem Beitrag die Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches. Es könne aber nicht alles bis ins Detail schriftlich geregelt werden, denn die Richter seien auf einen gewissen Anpassungsspielraum angewiesen, um im konkreten Fall „tatsächliche Einzelfallgerechtigkeit“ zu erzielen. Die Reformvorschläge der LINKEN zu einem Arbeitsvertragsgesetz und für ein Arbeitsgesetzbuch wurden als wichtiger und sehr brauchbarer Beitrag für eine wirksame Arbeitsrechts-Reform bewertet, auch wenn an Details noch weiter diskutiert werden müssen. Sandra Steck ■



Richter und Rechtsanwälte, Personal- und Betriebsräte, Vertreter der Agentur für Arbeit und von Arbeitsloseninitiativen diskutierten mit Abgeordneten der LINKEN auf einer Tagung der Linksfraktion im Thüringer Landtag in Erfurt Möglichkeiten der Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow betonte eingangs der sehr gut besuchten Veranstaltung, dass die Brisanz des Themas gar nicht hoch genug eingeschätzt werden könne und es auch einer Diskussion darüber bedarf, ob es nicht einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Arbeit geben müsse.

Jens Petermann betonte auf der Tagung, dass schon mit Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuches, BGB, das seit 1.1.1900 gilt, diskutiert wurde, das Arbeitsrecht eigenständig zu regeln. Das Recht auf Arbeit stand während der Revolution von 1848 auf der Agenda. Als Recht auf menschenwürdige, Existenz sichernde Arbeit wurde es mit den internationalen Regelungen über Menschenrechte auch für Deutschland verbindlich (z.B. in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Europäischen Sozialcharta). Das Arbeitsrecht muss der konkreten Umsetzung dieser Grund- und Menschenrechtsverpflichtungen dienen, so Petermann. Arbeitsrecht hat daher immer Arbeitnehmerschutzrecht zu sein. Dr. Hultsch unterstrich aber auch die gesellschaftliche Gestaltungsfunktion: so enthält der Reformvorschlag z.B. auch Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Förderung älterer Arbeitnehmer. ■

Der Finanzminister will „dann sehen, wie das Leben weitergeht“

Aus der Landtagsdebatte zur Haushalts-Bewirtschaftungssperre von 20 Prozent, die freiwillige soziale Leistungen bedroht

Sozialabbau durch die Hintertür? – Bewirtschaftungssperre bedroht freiwillige soziale Leistungen“, war das Thema einer von der Grünen-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde in der Januar-Landtagssitzung.

Finanzminister Dr. Wolfgang Voß hatte zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2012 eine vorläufige Bewirtschaftungsreserve in Höhe von 20 Prozent verfügt und im Landtag nicht von einer Sperre sprechen wollen. Es sei dies „eine viel vorsichtigere und mildere Maßnahme“ und es wurde festgelegt, „dass wir uns, wenn die Mai-Steuerschätzung vorliegt, dieses alles noch mal anschauen (...) wir werden dann sehen, wie das Leben weitergeht“. Die Bewirtschaftungsreserve „ist ein Vorsorgeinstrument aus Vorsichtsmotiven, um insbesondere konjunkturellen Unsicherheiten zu genügen“, betonte Voß.

Für die Linksfraktion ergriff Karola Stange in der Debatte das Wort. Sie warnte, der Erlass des Finanzministers beschädige die Vereinslandschaft in Thüringen und sprach von einem Skandal. „Keine vier Wochen nach Verabschiedung des Landeshaushalts werden die Träger im Sozialbereich, wie die Frauenzentren, Frauenhäuser, die Vereine, die durch den Landesjugendförderplan abgesichert sind, die Verbraucherschutzzentrale, die Verkehrswacht und viele weitere, in eine Verunsicherung, eine Krise getrieben, die für uns als die LINKE so nicht hinnehmbar ist. Herr Voß, dieses Vorgehen kommt einem Schlag ins Gesicht der Träger gleich!“

Diese leisteten eine hoch qualifizierte Beratungs- und Betreuungsarbeit, erledigten Aufgaben, „auch im Interesse des Landes und natürlich im Interesse der Kommunen. Sie sind oft Reparaturbrigaden, die die sozialen Unzu-

länglichkeiten ausbügeln müssen“, betonte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Karola Stange weiter: „Ich nehme nur exemplarisch die 13 Frauenhäuser. Deshalb hat meine Fraktion bereits im Gleichstellungsausschuss einen Antrag gestellt, der sich mit den Auswirkungen dieses Erlasses vor allen Dingen im Frauenbereich befasst. Ich kann nur sagen, lesen Sie die Zuschriften der LAG-Frauenzentren oder des Frauen-



rates, in denen noch einmal eindeutig dargelegt wird, welche Auswirkungen dieser Erlass auf die Arbeit in diesen Bereichen hat. Die Frauenzentren sind nicht nur wichtiges Element zur Umsetzung der Gleichstellungspolitik, sondern sie leisten natürlich auch einen Beitrag zur Gewaltprävention und bieten Raum zur Begegnung, Kommunikation und Information. Sie sind somit, und das darf nicht unterschätzt werden, ein Ort für bürgerschaftliches Engagement und leisten auch einen Beitrag zum sozialen Frieden in diesem Lande. Sollte eine 20-prozentige Mittelkürzung an die Träger ausgereicht werden, dann würde das für kleine Einrichtungen die sofortige Schließung bedeuten und für die großen das Sterben auf Raten.“

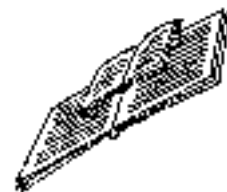
Erschließung neuer Wirtschaftsstandorte blockiert

Die Bewirtschaftungssperre betrifft auch Mittel zur Erschließung neuer Industrieflächen. Bis Ende 2011 waren Fördermittel für acht Gewerbestandorte in Thüringen zugesagt worden. Mit der Bewirtschaftungssperre wurden 20 Prozent der für den Ankauf neuer Ansiedlungsflächen benötigten Haushaltsmittel eingefroren. „Mit dieser

Immer wieder sahen sich in den vergangenen Jahren gerade soziale Initiativen, Vereine und Projekte in Thüringen durch den finanzpolitischen Rotstift des Landes bedroht und zogen protestierend zum Landtag, wie hier im Winter 2010.

Archivfoto

Entscheidung blockiert der Finanzminister langfristige und nachhaltige Ansiedlungen in Thüringen und stellt die Zukunft von den Wirtschaftsstandort Thüringen fördernden Maßnahmen und Projekte in Frage“, protestierte MdL Dieter Hausold und verwies auf ansiedlungswillige Unternehmen, die bereit seien in Thüringen zu investieren, wie z.B. am Standort Gera-Cretzschwitz und am Hermsdorfer Kreuz. Wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung langfristiger Arbeitsplätze würden damit behindert. „Wenn im Mai oder Juni die Freigabe der gesperrten Mittel erfolgt, kann es für manchen Investor schon zu spät sein, denn Planungsunsicherheit und Unzuverlässigkeit locken keinen Ansiedlungswilligen in den Freistaat.“



Multifunktionsarena

„Der Streit in der Landesregierung zur Finanzierung der Multifunktionsarenen in Thüringen darf nicht auf dem Rücken der Sportler, der Sportvereine und der Stadt Erfurt ausgetragen werden“, so Bodo Ramelow. Das Erfurter Steigerwaldstadion müsse dringend saniert werden, „ansonsten können wir in absehbarer Zeit das Stadion zuschließen und haben die längste Zeit Profifußball gehabt“.

Das vom Wirtschaftsminister favorisierte Modell „Multifunktionsarena“ übersteige die Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt. Um das städtische Risiko zu minimieren, fordert der LINKE Politiker eine Bürgerschaftserklärung des Landes. Wenn das Land von seinem Konzept überzeugt ist, bestehe auch kein Grund zur Verweigerung der Bürgerschaftsübernahme. Sollte hier jedoch die Landesregierung kneifen, schlägt Bodo Ramelow ein alternatives Finanzierungsmodell vor: Gründung einer Objekt- und Betreibergesellschaft, bei der Land und Stadt Erfurt Gesellschafter sind. Zur Finanzierung der Gesellschaft könnte das Land ein Sondervermögen „Sportstätten“ in Höhe von 20 bis 25 Millionen Euro bilden. Die Abfinanzierung dieses Sondervermögens wäre über 20 Jahre durch jährliche Zuschüsse aus dem Landeshaushalt und dem städtischen Haushalt möglich. Weitere Gesellschafter (wie z. B. Vereine) könnten sich beteiligen.

Flughafen

Angesichts massiv zurückgehender Passagierzahlen am Erfurter Flughafen forderte MdL Dr. Gudrun Lukin die Landesregierung auf, „endlich das zugesagte Betriebskonzept vorzulegen. Erwartet Thüringen eine millionenteure Invest-Ruine oder gibt es durch eine gezielte Einbindung in das Tourismuskonzept eine Überlebenschance für den Flughafen – diese Fragen müssen beantwortet werden“. Gerade aufgrund des Rückzugs von Air Berlin sei es dringender denn je, das Betriebskonzept schnellstens zu überarbeiten und zu beraten. Notwendig sei ein vom Wirtschafts- und Verkehrsministerium initiiertes und mit der Region Mitteldeutschland abgestimmtes Flughafenkonzept.

Schuldenbremse

Die LINKE hatte dem Antrag der FDP zugestimmt, ihre Entwürfe für ein Schuldenverbot in der Landesverfassung auf die Tagesordnung der letzten Plenarsitzung des Thüringer Landtags zu setzen, „um sie inhaltlich so schnell wie möglich abzulehnen“, wie MdL Mike Huster betonte. Er kritisierte den erneuten Versuch der FDP, ein Kreditverbot in die Verfassung aufzunehmen. Die bestehende Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung reiche völlig aus, um den Anstieg der Schulden zu verhindern. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sei nur nachhaltig durch eine Steigerung der Einnahmen über eine gerechtere Steuerpolitik in Deutschland zu erreichen, betonte der LINKE Abgeordnete.

Semesterticket

Der Jenaer Nahverkehr will ab Wintersemester 2012/13 den Semesterticketpreis um 40 Prozent erhöhen. MdL Susanne Hennig sprach von einer unzumutbaren Belastung und einer Gefahr für den Weiterbestand des Semestertickets. Es gingen dem Jenaer Nahverkehr Einnahmen in Millionenhöhe verloren. Zugleich würde ein deutlicher Nachteil für Studierende entstehen, da sie auf andere – zumeist teurere oder weniger umweltfreundliche – Verkehrsangebote zurückgreifen müssten. Merkwürdig sei die Begründung für die Preiserhöhung – da sich die Nutzungsquote von Bahn und Bus durch Studierende von 30 Prozent auf 39,1 Prozent erhöht habe, müsse auch der Preis steigen.

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden am 23. und 24. Februar statt.

Kommunalpolitische Konferenz:

Am Dienstag, den 28. Februar, 16 Uhr, findet in Arnstadt im Rathaus eine Kommunalpolitische Konferenz statt mit Thüringer Kandidaten der LINKEN zu den Bürgermeister- und Landratswahlen am 22. April.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

„Braunes Haus“ bald wieder in Betrieb?

„Die Neonaziszene zeigt sich unbeeindruckt und festigt ihre Strukturen. Wir müssen auch vor der eigenen Haustür nach den Rechten zu sehen“, sagte die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, Katharina König, mit Blick auf die Jenaer Stadtverwaltung. Der Abgeordneten liegen Informationen vor, nach denen die Stadt Baumaßnahmen am „Braunes Haus“ genehmigt hat, das seit 2002 zu den wichtigsten Immobilien der rechtsextremen Szene in Ostdeutschland gehört. 2008 war die Nutzung aus baurechtlichen Gründen untersagt worden. Die Neonazis könnten nun den Wiedereinzug in das Objekt, das u.a. von NPD und Kameradschaft „Freies Netz“ genutzt wurde, vorbereiten. ■

Permanente Demokratiebildung

Ein Schülerwettbewerb „Klasse gegen Rechtsextremismus“ sei grundsätzlich und selbstverständlich nicht zu kritisieren, aber es müsse die Frage gestellt werden, ob dies ausreiche, sagte MdL Martina Renner zur Ankündigung einer entsprechenden Aktion durch den Innenminister. „Menschenfeindlichen Ideologien begegnen zu können und junge Menschen vor demokratiefeindlichen Einstellungen zu immunisieren, muss permanenter Teil schulischen Lernens sein und damit Bestandteil des Lehrplans“, betonte die Abgeordnete, sonst entstehe der Eindruck, es handle sich um Aktionismus, aber nicht um ein konzeptionelles Vorgehen der Landesregierung. ■

Denn diese Naziterrororganisation ist „Made in Thüringen“

Aus der Landtagsdebatte zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Fehlverhalten der Behörden

Alle fünf Fraktionen des Landtags beschlossen am 26. Januar einstimmig die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Dieser trägt folgenden langen Namen: Mögliches Fehlverhalten der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, einschließlich der zuständigen Ministerien unter Einschluss der politischen Leitungen, sowie der mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeitenden Personen (die sogenannten menschlichen Quellen) im Zusammenhang mit Aktivitäten rechtsextremer Strukturen, insbesondere des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und des „Thüringer Heimat-schutzes“ (THS) und seiner Mitglieder, sowie mögliche Fehler der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden bei der Aufklärung und Verfolgung der dem NSU und ihm verbundener Netzwerke zugerechneten Straftaten.

Als Vorsitzende des Untersuchungsausschusses wurde die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx gewählt, als stellvertretende Vorsitzende Martina Renner (DIE LINKE). Dem Ausschuss gehören weitere sieben Abgeordnete an: CDU: Jörg Kellner, Christian Gumprecht, Beate Meißner; SPD: Peter Metz; LINKE: Dieter Hausold; Grüne: Dirk Adams; FDP: Thomas L. Kemmerich

Aus dem Protokoll der Landtagsdebatte zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses:

Martina Renner, DIE LINKE:

Ausgangspunkt dessen, warum wir diesen Untersuchungsausschuss einsetzen, ist eine bis dato nicht gekannte

neonazistische Mord- und Verbrechenreihe in der Bundesrepublik. Diese Verbrechen haben nicht nur Thüringen erschüttert, sondern das ganze Land und bei vielen auch den Glauben in die Sicherheitsbehörden. Wir haben hier in Thüringen eine ganz besondere Verantwortung zu tragen, denn diese Neonaziterrororganisation ist Made in Thüringen. Hier ist ihr Ausgangsort, hier ist ihre Entstehungsgeschichte, hier hat sie ihre Wurzeln und hier liegen auch die Anfänge des Versagens



Foto: Martina Renner beim Plakatieren des Aufrufs „Dresden Nazifrei!“ am 18. Januar in Erfurt.

der Behörden. In erster Linie sind wir mit Blick auf die Opfer den Angehörigen tatsächliche und umfassende transparente Aufklärung schuldig. Aber ich sage auch, diese unbedingte Transparenz müssen wir auch deswegen her-

stellen, weil das Thema von ungeheurer öffentlicher Bedeutung ist. Ich denke, wir müssen den Fragen und den Zweifeln, die in der Bevölkerung herrschen, Antworten geben, nicht nur Antworten darauf, wie dies alles geschehen konnte, sondern vor allem auch Antworten auf die Frage, welche Konsequenzen wir ziehen für die Zukunft. Auch dafür ist der Untersuchungsausschuss Ort.

Denn wir brauchen nicht nur eine andere Behandlung des Themas Neonazismus durch die Sicherheitsbehörden, wir brauchen ein anderes gesellschaftliches Klima, wir brauchen eine andere Ächtung von rassistischen Einstellungen und Handlungen und wir müssen tatsächliche Maßnahmen ergreifen, wie wir Menschen gegen die todbringende Ideologie des Neonazismus immunisieren.

Wolfgang Fiedler, CDU:

Da ich selbst mit darum geworben habe vor Weihnachten, dass wir die Dinge weiter voranbringen, schnell voranbringen und dass wir alle uns eingesetzt haben, deswegen möchte ich noch einige Anmerkungen machen. Erstens, Frau Renner, mir gefällt schon mal nicht, wenn Sie anfangen „Made in Thüringen“.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Mir auch nicht.)

Wissen Sie, wenn dort soundso viel Chaoten, Verbrecher auf dem Weg sind, ist das das eine. Aber das gleich als „Made in Thüringen“ zu bringen,

(Abg. Rothe-Beinlich, DIE GRÜNEN: Aber es nunmal Fakt, dass die Drei aus Thüringen kommen.)

finde ich nicht in Ordnung. Ich möchte nicht, dass unser gesamtes Land hier in Haftung genommen wird, was solche Verbrecher tun. Darauf lege ich ausdrücklich Wert.

Bodo Ramelow, DIE LINKE:

Lieber Wolfgang Fiedler, ich habe mich zu Wort gemeldet wegen der Fragestellung „Terror ‘Made in Thüringen’“. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, das tut weh, einen solchen Satz zu hören. Das ist aber auch bei der Bewertung von Buchenwald. Wir können Buchenwald nicht aus Thüringen hinausnehmen und sagen, das hat es hier nicht gegeben, Dora hat es hier nicht gegeben. Doch, hat es hier gegeben, Buchenwald hat es gegeben, Dora hat es gegeben.

Wir stehen gemeinsam in der Verantwortung, im Schatten von Buchenwald, auch diese Dinge zu bewerten und einzuschätzen, über die wir hier reden, denn die Täter sind nicht aus dem Nichts gekommen. Sie sind begleitet worden, es ist weggeschaut worden, es ist geschwiegen worden, es hat Fehleinschätzungen geben. Es gibt amtliche Dinge, lieber Wolfgang Fiedler, über die wir im Verfahren der Aufklärung reden müssen. ■

Eindrucksvolle „Initiative für Toleranz und Gastfreundschaft in Erfurt“

Mit der Fotoausstellung „Fremde werden Freunde“ (Fotos von Harld Mohr), einer „Initiative für Toleranz und Gastfreundschaft in Erfurt“, wolle der Thüringer Landtag „ein deutliches Zeichen setzen gegen Fremdenfeindlichkeit und Hass“, hatte Dr. Birgit Klaubert, Landtagsvizepräsidentin (DIE LINKE), bei der Ausstellungseröffnung mit zahlreichen Gästen am 1. Februar im Zwischengang des Hauses betont. Thüringen sei ein gastfreundliches Land und es gelte, Impulse für eine Willkommenskultur zu setzen. Thüringen hat 4.000 ausländische Studierende und viele wünschten sich eine bessere Integration in die Gesellschaft, in der sie studieren.

Birgit Klaubert dankte dem Erfurter Kooperationsprojekt, das bald sein zehnjähriges Jubiläum begeht, für sein Wirken im Sinne der Völkerverständigung und sie ermunterte Bürgerinnen und Bürger sich zu beteiligen. Projektleiterin Petra Enseleit verwies auf die mehr als 200 Patenschaften pro Semester, an denen sich Erfurter verschie-



dener Generationen, Einzelpersonen und Familien beteiligen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass „wir in den vergangenen zehn Jahren Studenten aus 85 Ländern in Erfurt hatten“. Dabei profitierten von den Patenschaften beide Seiten. Dies wurde auch deutlich am Statement von Hasnain Bokhari aus Pakistan, der jetzt seine Promotion in Erfurt beendet und vom Projekt als

einer „großen Plattform“ sprach, so wie bei den Schilderungen des Paten Bernhard Wintzer. Man lerne gegenseitig die Sprachen, zeige viel von Thüringen, seiner Kultur und Natur. Und wenn sie dann unterwegs seien und seine chinesische Studentin sage „gucke mal da“, „dann ist sie doch schon ganz gut in Thüringen angekommen“, so das heitere Fazit des Paten. ■

Das Thema

Die Verantwortung der politischen und behördlichen Ebenen

Pressekonferenz in der Linksfraktion mit Petra Pau: Hintergründe des mörderischen Naziterrors zügig aufklären

Petra Pau, Innenexpertin der LINKEN, Bundestags-Vizepräsidentin und Mitglied des Untersuchungsausschusses auf Bundesebene, Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion im Thüringer Landtag, und Martina Renner, die mit dem Mandat der LINKEN als stellvertretende Vorsitzende des Landtagsuntersuchungsausschusses gewählt wurde, informierten am 2. Februar auf einer Pressekonferenz im Erfurter Landtag über ihre Anforderungen an die parlamentarische Aufklärung des jahrzehntelangen unentdeckten Neonazi-Terrors und kritisierten bisher bestehende massive Blockaden der Behörden.

Dabei forderte Bodo Ramelow den Innenminister zu umfassender Information auf. Gegebenenfalls gehe die Linksfraktion sonst zum Verfassungsgerichtshof in Weimar. Es sei eine Frage der prinzipiellen Haltung, „wie wir mit dem Totalversagen der Behörden umgehen“. Der Fraktionsvorsitzende betonte zugleich, „solange Sachsen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verhindert, wird ein wichtiger Teil der parlamentarischen Aufklärung nicht zu leisten sein“. Warum die mörderische rechtsextreme Gefahr in der

Bundesrepublik „so lange und so gravierend unterschätzt wurde“ und „ob der Verfassungsschutz nützt oder eher schädlich ist“, nannte Petra Pau als wichtige Aufgaben der parlamentarischen Aufklärung, die in ein gesamtgesellschaftliches Konzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus münden müsse. Der Untersuchungsausschuss auf Bundesebene ist, wie der in Thüringen, fraktionsübergreifend eingesetzt worden.

Die Bundestagsvizepräsidentin verwies auf seriöse Recherchen, die von mehr als 150 Morden mit rechtsextremistischen Hintergrund seit 1990 in der Bundesrepublik ausgehen und sprach von zunehmender „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Zugleich werde die „Demokratie immer mehr entleert“ und schwinde der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Auch Petra Pau kritisierte massiv die Informationsblockaden der Behörden. Ihre Antworten auf Anfragen der Bundestagsfraktion der LINKEN könne man in etwa so zusammenfassen: „Sie haben nichts gewusst, aber auch das Nicht-Gewußte wurde noch geheim gehandelt.“

Martina Renner betonte, dass die Linksfraktion den Untersuchungsausschuss nicht als eine bessere Ermittlungsbehörde betrachte. Vielmehr gelte es, die „Verantwortung der politischen Ebenen und der behördlichen

Ebenen für das Versagen und Fehlverhalten im Zusammenhang mit dem Entstehen der Naziterrororganisation in den Blick zu nehmen“. Dabei stünden „eine ganze Menge Fragen im Raum, die dringend geklärt werden

ebenso eine Übersicht sämtlicher Aktenbestände“, forderte Martina Renner.

Die stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses verwies auf dessen Konstituierung am 16. Februar und seine erste reguläre Sitzung



müssen“. Die LINKE wolle eine Anhörung des Untersuchungsausschusses mit Gutachten und Sachverständigen zur Geschichte, Entwicklung und Verbreitung des Neonazismus in Thüringen. „Und wir wollen alle Dokumente, die in der Öffentlichkeit bereits eine Rolle spielen, vorgelegt bekommen,

am 8. März. Sie hoffe auf eine zügige Beratung der von der Linksfraktion vorgelegten Novellierung des Untersuchungsausschussgesetzes (siehe auch Beitrag unten), damit „Befugnisse und Rechte des Untersuchungsausschusses gegenüber der Landesregierung gestärkt werden“.

LINKE Novelle des Untersuchungsausschussgesetzes

Nach Artikel 64 der Thüringer Verfassung kann ein Fünftel der Abgeordneten erzwingen, dass ein Untersuchungsausschuss zu einer bestimmten Thematik eingerichtet wird. Das geltende Thüringer Untersuchungsausschussgesetz (UAG) muss so umgestaltet werden, dass seine bisherige Tendenz - eher ein Schutzinstrument zugunsten der Regierung zu sein - so verändert wird, dass es zu einem wirksamen Kontrollwerkzeug des Parlaments - insbesondere der Opposition - gegenüber der Regierung, wird. Wichtigstes Instrument dazu: eine weitgehend ungehinderte und unabhängige Sachverhaltsaufklärung im U-Ausschuss.

Mit ihrem Gesetzentwurf will die LINKE die Instrumente für transparente Sachaufklärung und die Rechte von (oppositionellen) „Abgeordneten-Minderheiten“ in U-Ausschüssen stärken. Schwerpunkte der Änderungen sind: Festlegung und Ausweitung des Untersuchungsauftrages werden bei einem von einer Parlaments-Minderheit beantragten Ausschuss der Beeinflussung durch die (regierungstragende) Mehrheit weitgehend entzogen, in solchen Fällen ist die Zustimmung der Antragsteller erforderlich.

Im UAG wird das „Institut“ des unabhängigen Ermittlungsbeauftragten eingeführt und als Minderheitenrecht ausgestaltet. Vergleichbares gibt es schon in U-Ausschüssen des Bundes-

tages. Der U-Ausschuss erhält das Entscheidungsrecht über Zutritts- bzw. Teilnahmemöglichkeit der Landesregierung an den Beratungen des Gremiums, soweit sie nicht öffentlich sind (Beweisaufnahmen sind grundsätzlich öffentlich).

Der Ausschuss hat damit einen eigenen „Beratungsfreiraum“ gegenüber der Regierung. Das ist z.B. wichtig für die ungestörte Diskussion über das strategische Vorgehen bei der Sachaufklärung. Katalog und Reichweite der Ablehnungsgründe für die Zulassung von Beweisanträgen und die Herausgabe von Akten sowie der Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit werden auf das verfassungsrechtlich notwendige Maß beschränkt. Die Öffentlichkeit, z.B. Universitäten und Journalisten, erhalten einen leichteren Zugang zu den Unterlagen des U-Ausschusses.

Im Hinblick auf Untersuchungsausschüsse, deren Untersuchungsgegenstände auch privatwirtschaftliche Sachverhalte berühren, wird der bisher geltende „Betroffenen-Status“ für Unternehmen abgeschafft und für andere „Betroffene“ (z.B. Privatpersonen) auf das verfassungsrechtlich notwendige Maß beschränkt. Der Entwurf des Abschlussberichts wird von einem paritätisch besetzten Unterausschuss verfasst. Die Ausschuss-Minderheit erhält das Recht zu einem eigenen umfassenden Sondervotum („alternativer Abschlussbericht“).

S. Steck



Der Opfer des Faschismus gedacht

Mit einer Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Buchenwald wurde am 27. Januar der Opfer des deutschen Faschismus gedacht. Neben Überlebenden des faschistischen Konzentrationslagers nahm der Präsident des italienischen Senats, Renato Schifani, als Ehrengast an der Gedenkveranstaltung teil. Auch Landtagspräsidentin Birgit Diezel, Staatskanzlei-Ministerin Marion Walsmann, Bodo Ramelow, Vorsitzender der Landtagsfraktion DIE LINKE, Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der SPD, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen sowie Weimars Oberbürgermeister Stefan Wolf ehrten die Opfer des Faschismus.

Am Vormittag hatten Landtag und Landesregierung mit einer Gedenkveranstaltung an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft erinnert. „Unser Gedenken ist den Millionen Opfern gewidmet, die der Nationalsozialismus in aller Welt gefordert hat“, sagte Birgit Diezel. „Wir verneigen uns in ehrendem Gedenken vor all jenen Menschen, die dem Rassenwahn, der Grausamkeit und Intoleranz zum Opfer fielen. Wir wollen die Erinnerung an ein sich immer weiter entfernendes Menschheitsverbrechen wach halten, nicht um Schuldgefühle hervorzurufen, sondern um Verantwortungsbewusstsein zu wecken.“

Die Gedenkveranstaltung wurde von Landtagspräsidentin Birgit Diezel und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht mit einer Ansprache eröffnet. Ottomar Rothmann, ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald und Mitglied im Häftlingsbeirat, hielt die Gedenkrede. Foto: Stefan Wogawa

Halbe Stellen machen keinen Sinn

Bildungspolitikerin Michaela Sojka (DIE LINKE) fordert Minister Christoph Matschie zum Worthalten auf

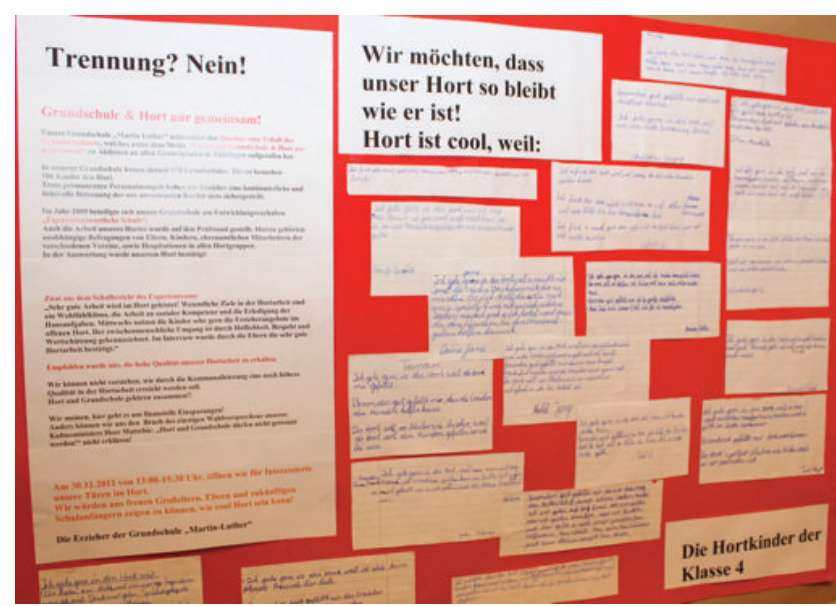
Michaela Sojka, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN im Thüringer Landtag, forderte den Bildungsminister und SPD-Landesvorsitzenden Christoph Matschie auf, sich endlich von der geplanten Hortkommunalisierung zu verabschieden.

„Wir bleiben dabei: eine Kommunalisierung der Grundschulhorte ist weder pädagogisch sinnvoll, noch unterstützt dieses Vorhaben die Weiterentwicklung einer inklusiven Thüringer Ganztagsgrundschule“, betonte die Abgeordnete. Sie verwies darauf, dass „nach wie vor und ähnlich wie bei den Kindertagesstätten die Finanzierung nicht abgesichert ist“.

Landkreise, die das Modell der Hortkommunalisierung positiv evaluiert haben, gaben an, dass sie zusätzliches Geld, also mehr als vom Land vorgesehen, dafür aufwenden mussten. Auch daher empfiehlt Michaela Sojka den LINKEN Kommunalvertretern, einer Fortführung dieser Modelle nicht zuzustimmen, denn in den Modellkommunen stehen die Beschlüsse zum „Modell zur Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule“ über die nächsten vier Jahre bis 2016 an. „Der Bildungsminister muss zu seinem Wort stehen und dafür zu sorgen, dass keine Erzieherin schlechter gestellt wird. Das heißt, dass er keine Fünfzig-Prozent-Verträge mehr schließen darf“,

forderte die Abgeordnete und Landratskandidatin der LINKEN für das Altenburger Land. Für ungelernete Angestellte würden halbe Stellen in der Entgeltgruppe E5 gerade einmal 750 Euro Brutto bedeuten. „Das ist skandalös. Wenn das Machnig-Ministerium für gute Arbeit gute Löhne fordert, muss das auch für Matschie gelten!“, bezog

sich die Abgeordnete auf Initiativen des Thüringer Wirtschaftsministers Matthias Machnig (SPD). Nicht zuletzt sollte „die Abwahl des Saale-Orla-Landrates, der Vorreiter bei der Umsetzung der Modellhorte war, endlich Anlass zum Nachdenken über einen bildungspolitischen Strategiewechsel in der Grundschulpolitik sein“.



Das Bündnis zum Erhalt der Thüringer Grundschulhorte hatte im Dezember im Landtag in Erfurt mehr als 22.000 Unterschriften an den Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) übergeben und Bilder des Malwettbewerbs „Ich bleibe nach der Schule gern im Hort“ präsentiert. Archiv-Foto

Großwirtschaft und NSDAP gegen die Demokratie von Weimar

Bildung tut not. Da veröffentlicht eine (auch vorher nicht gerade durch intellektuelle oder sittliche Leistungen auffällige) CDU-Bundestagsabgeordnete als angebliche „Provokation“ die Ansicht, die NSDAP sei eine „linke Partei“ gewesen. Derartiger Unsinn macht leider auch an Parteigrenzen nicht halt: auch auf der Homepage eines Abgeordneten der Linkspartei konnte man zeitweise lesen, „dass die schlimmste Pervertierung des Sozialismus eben mit dem Nationalismus gekoppelt war - Nationalsozialismus.“

Es ist deshalb äußerst verdienstvoll, dass der PapyRossa Verlag in Köln mit der Veröffentlichung des Buches „Kapital, Reichswehr und NSDAP“ von Kurt Gossweiler für quellenbasierte Aufklärung sorgt. Gossweiler ist 1917 geboren und hat als promovierter Historiker bis zu seiner Emeritierung als Wissenschaftler am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR geforscht. Er stammt aus einer kommunistischen Familie, zu deren Freunden Erich Mühsam gehörte. Ab 1934 beteiligt er sich im „Kommunistischen Jugendverband Deutschlands“ an der illegalen Arbeit gegen die Nazis, läuft als Wehrmachtsoldat 1942 zur Roten Armee über, wird Kursant und später Lehrer an einer Antifa-Schule. Als Experte für die Geschichte des deutschen Faschismus greift er in eine internationale Wissenschaftskontroverse ein und weist ge-

meinsam mit Dietrich Eichholtz den Vorstoß des britischen Historikers Tim Mason zurück, der die Politik der Nazis als von den ökonomischen Eliten unabhängig postuliert.

Sein Buch „Kapital, Reichswehr und NSDAP“ ist erstmals 1982 parallel in der DDR und der Bundesrepublik erschienen. Es erschließt – wie der Verlag anlässlich der Neuauflage betont – „ein enormes Quellenmaterial zum sozialen Ursprung und Charakter des deutschen Faschismus, zur Frühgeschichte der NSDAP und zu ihren Verbindungen mit maßgeblichen Kreisen in Wirtschaft, Militär und Politik“.

Gossweiler arbeitet die gemeinsamen Interessen von NSDAP, Großwirtschaft und Reichswehr heraus, später umgesetzt in massiver Aufrüstung, die im Zweiten Weltkrieg als einem rasenideologischen Vernichtungskrieg kulminiert. Alle Phantastereien von der angeblich „linken NSDAP“ und ihrem „Sozialismus“ lösen sich in nichts auf. Stattdessen wird klar: der Kampf der Großindustrie, bei der man sich mit der NSDAP verbündete, richtete sich gegen die Reste der Sozialpolitik in der Endphase der Weimarer Republik. Das Kapital setzte auf staatliche Sparmaßnahmen, auf Steuererleichterungen für die Industrie, auf die Beseitigung der Tarifverträge und den Rückbau der Arbeitslosenversicherung. Der „autoritäre Staat“, den die Großwirtschaft im Bunde mit den Nazis zur Lösung der

ökonomischen Krise wollte, war schon in seiner Konzeption gegen die Arbeiter und deren Parteien gerichtet. Hitler hatte vor Industriellen den Kampf gegen Demokratie und Bolschewismus angekündigt – das fand deren Beifall. Die Großwirtschaft, das macht Gossweiler deutlich, spielte eine immanente Rolle bei der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie von Weimar.

Stefan Wogawa

Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP. Die Frühgeschichte - 1919 bis 1924, PapyRossa Verlag Köln 2011, 471 S., EUR 28,00, ISBN 978-3-89438-455-5

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.
Herausgeber:
DIE LINKE, Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.
Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.



von Stefan Wogawa

„Extremismus“ inflationär

Ein Begriff macht seit Wochen inflationär die Runde in Zeitungen, Talkshows und Parlamentsdebatten: der „Extremismus“. Natürlich besteht ein Zusammenhang mit der Terrorserie der NSU. „Das Bundeskriminalamt (BKA) fordert mehr Personal für die Ermittlungen zur rechts-extremen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)“, schreibt aktuell Focus Online.

Doch es sind nicht nur die Taten der braunen Mörder- und Räuberbande, die zur Konjunktur führen. Es ist auch die Bespitzelung von Abgeordneten der Linkspartei durch den Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“: „Es besteht Konsens darüber, dass extremistische Aktivitäten vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden dürfen und auch müssen“, zitiert die Tageschau dazu den parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann. Der „Konsens“ bezieht sich auf ähnliche Statements von Politikern aus CDU und CSU.

Das dubiose Kriterium „Extremismus“, eingeführt 1973 vom „Verfassungsschutz“, umfasst also aus Sicht seiner Apologeten auf der einen Seite Angehörige einer mutmaßlichen Terrorbande, vielfacher schwerster Verbrechen verdächtig, andererseits frei gewählte Abgeordnete des Bundestages, denen man nebulös „Bestrebungen“ unterstellt. Wo soll der Sinn solcher Subsumierungen liegen? Er liegt im Interesse eines Parteienkartells, das aus Eigennutz die linke Konkurrenz diffamiert. Er liegt im Interesse eines Zitierkartells von Politologen (meist mit besten Beziehungen zum „Verfassungsschutz“), die Deutungshehoheit anstreben. „Extremismus“ ist ein politischer Kampfbegriff, der Sachverhalte vernebelt. Bei den Terroristen der NSU, bei braunen „Kameradschaften“ und der NPD sollte man von Neonazis sprechen.